

1069/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 20.11.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Gelingende Integration - langfristige Dialogförderung zwischen Glaubensgemeinschaften

Aktive Integrationsarbeit ist ein Kernelement eines friedlichen, respektvollen Miteinanders und in krisenhaften Zeiten wie diesen besonders wichtig. Integration ist ein vielschichtiger Prozess, der in alle Lebensbereiche einfließt und der nicht immer reibungslos abläuft. Dort, wo z.B. unterschiedliche religiöse Vorstellungen oder andere grundlegende Werte aufeinanderprallen, kommt es nicht selten zu vorurteilsbehafteten und teilweise auch gewalttätigen Konflikten. Auch der Terroranschlag vor nur wenigen Tagen in der Wiener Innenstadt zeigt, wenn auch nur zum Teil, welche Folgen eine gescheiterte Integrationspolitik haben kann. Natürlich sind die Ursachen einer solchen Tat vielseitig, die Beweggründe des Täters zu komplex, als sie allein auf misslungene Integration zurückzuführen. Dennoch kann ein solcher Anschlag nur als Anschlag auf unsere Lebensweise, unsere Kultur und unsere Werte, kurz auf unsere Gesellschaft verstanden werden. Die Antwort auf eine solche Tat muss vielschichtig sein. Eine der wesentlichen Aufgaben der Integrationspolitik ist es, hier von Anfang an korrigierend einzugreifen und als Brückenbauerin zu fungieren, damit Vorurteile abgebaut und durch direkten Kontakt religions- und kulturübergreifende Verbindungen entstehen können.

Diese Dialog- und Friedensförderung muss als stufenweiser Prozess verstanden werden, bei dem das Miteinander, der Austausch und das gegenseitige Verständnis für andere Kulturen und Glaubensgemeinschaften gefördert und durch seine Regelmäßigkeit auf ein solides Fundament gestellt wird. Nur durch eine solche nachhaltige Dialog- und Friedensförderung und den direkten Kontakt kann es gelingen, Vorurteile, Ängste und Halbwissen dem vermeintlich "Anderen" gegenüber langfristig abzubauen und so für ein friedliches und respektvolles Miteinander zu sorgen. Die österreichische Politik hat hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen, einen solchen Prozess einzuleiten und aufrecht zu erhalten und alle Glaubensgemeinschaften hier gleichermaßen in die Pflicht zu nehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen und Integration sowie der Bundesminister für Inneres, werden aufgefordert, umgehend konkrete Maßnahmen zu erarbeiten und dem Nationalrat vorzulegen, die auf eine dauerhafte und regelmäßige Dialog- und Friedensförderung zwischen allen in Österreich vertretenen Glaubensgemeinschaften abzielen. Der direkte Kontakt zwischen Vertreter_innen und Anhänger_innen verschiedener Glaubensrichtungen soll zum Abbau von Vorurteilen und zum friedlichen Zusammenleben innerhalb der österreichischen Gesellschaft beitragen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für innere Angelegenheiten vorgeschlagen.